

## INHALT

Nachrichten 226

Hintergrund 228

Neue Informationspflichten: VO zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristig wirksame Maßnahmen – EnSikuMaV – beschlossen • Die Haustür bleibt besser zu: Verbraucherzentrale Brandenburg warnt vor unseriösen Energieanbietern • Wie heizt Deutschland? Hauptstadtregion überwiegend mit Gas in neuen Wohngebäuden • Heizenergie sparen und Schimmel vermeiden: Worauf private Haushalte zu Beginn der Heizsaison achten sollten

Fragen & Antworten 231

Heizkostenverordnung: Was ist Aufgabe des WEG-Verwalters? • Rauchwarnmelder und Batterieausfall: Wer zahlt für den Ersatz? • Betriebskostenabrechnung: Materialkosten ansetzbar? • Balkon „verschönerung“: Dürfen Mieter Belag aufkleben? • „Couchsurfing“ ohne Genehmigung: Darf der Mieter das einfach? • Schönheitsreparaturen: Malerarbeiten nach Auszug?

Recht kurz & bündig 233

Freilaufende Katzen des Nachbarn: Duldungspflicht aus dem nachbarrechtlichen Gemeinschaftsverhältnis • Landgericht Berlin: Mietspiegel 2021 als Beweismittel zugelassen • Reparatur zu kurzfristig angekündigt: Keine Duldungs- und Schadensersatzpflicht • GEV-Mietvertrag bestätigt: Mindestfläche nicht durch Quadratmeterangabe mit Relativierung vereinbart • Mieter rügt Mängel: Keine Erwidern auf Bestreiten des Vermieters notwendig

Recht & Praxis 235

Grundsteuer: So gehen Sie gegen Ihren Bescheid vor

Bücher & Software 236

Rund um Haus & Garten 237

Leistung optimieren: Mit effizient eingestellter Heizung Energie und Kosten sparen • Einbruchschutz: Sicher in den Herbst • Staatliche Neubauförderung: So funktioniert sie • Nach dem Jahrhundertsommer: Die richtige Rasenpflege im Herbst – so wird der Garten winterfest

Aus den Vereinen 241

**Landesverband Brandenburg:** Fördermittel zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit der Ortsvereine • **Eberswalde:** Ist die Grundsteuer in Zukunft noch bezahlbar? • 30. Jahrestag zum Sommerausklang • **Erkner:** Vortragsveranstaltung zum Tag des Einbruchschutzes • Das etwas andere „Sommerfest“

Impressum 240

Titelfoto: Keith Bond/Pixabay

## KOMMENTAR



### Brandenburger brauchen Hilfe des Landes

#### Offener Brief an den Ministerpräsidenten

Von Lars Eichert, Landesvorsitzender Haus & Grund Brandenburg

Die steigenden Preise in fast allen Bereichen, besonders aber die rasant steigenden Preise bei den Energiekosten bereiten vielen Bürgern Sorgen.

Die Steigerungen bei Treibstoff oder den Lebensmitteln sind schon schwer zu verkraften – wenn aber die Abschläge für Erdgas in manchen Fällen um das Sechsfache steigen und ein Haushalt statt monatlich 100 € zukünftig 600 € zahlen muss, helfen die vom Bund beschlossenen oder angekündigten Entlastungspakete wenig.

Die von der Bundesregierung bislang auf den Weg gebrachten Entlastungen wie Familienbonus, Kindersofortzuschlag, Energiepreispauschale, Einmalaufschlag auf Grundsicherung bzw. mit dem Heizkostenzuschussgesetz oder 9-€-Ticket erfassen bestimmte Problemlagen gar nicht.

Private Kleinvermieter müssen beispielsweise für die Heizkosten der Mieter in Vorkasse gehen. In der Regel hat man dafür Vorauszahlungen vereinbart, die aber bei solchen Preissteigerungen bei weitem nicht mehr ausreichen. Einen Anspruch auf Anpassung der Vorauszahlungen gibt es meist erst mit der nächsten Betriebskostenabrechnung. Einen Rettungsschirm der öffentlichen Hand wie für die großen Einkäufer von Gas gibt es für ihn jedoch nicht.

Sofern der Mieter nicht freiwillig seine Vorauszahlungen erhöht, muss der private Vermieter damit über Monate die Beträge vorstrecken und ist dabei im Ungewissen, ob der Mieter am Ende die Nachforderung begleichen kann. Ob er das finanziell leisten kann, interessiert derzeit wenig.

Auch wenn die bisherigen Entlastungen noch nicht ausreichend oder nicht zielgerichtet genug helfen, gab es von der Bundesregierung zumindest Versuche, die Entwicklungen für die Bürger abzufedern. Auf Landesebene ist da bislang wenig zu sehen, außer dass Entlastungen des Bundes umgesetzt wurden.

Daher hat sich Haus & Grund Brandenburg zusammen mit dem Deutschen Mieterbund Brandenburg, der Verbraucherzentrale Brandenburg und der AWO Brandenburg in einem offenen Brief an den Ministerpräsidenten gewandt und diesen zum Handeln aufgefordert, beispielsweise durch Einschreiten der Landeskartellbehörde bei ungerechtfertigten Preisen, ausreichende Aufstockung des Wohngeldes um einen Landesanteil für Energiekosten oder Einrichtung eines Härtefallfonds zur Vermeidung von Privatinsolvenzen.

Um den Bürgern, die durch die derzeitigen Entwicklungen in eine Notlage geraten, gezielt helfen zu können, ist es notwendig, die Einkommens- und Ausgabenlage der privaten Haushalte zu erfassen und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft neue Maßnahmen zu entwickeln, mit denen in den konkreten Fällen Hilfe geleistet werden kann. Ein Energie- und Sozialgipfel würde hierzu Gelegenheit bieten. Entscheidend ist aber, dass die Landesregierung nicht auf die Entlastungen und Hilfen der Bundesebene warten darf, sondern selbst aktiv werden muss, damit Brandenburg seinen Verpflichtungen gegenüber den Bürgern nachkommt. Bislang ist davon noch wenig zu sehen.